

Offener Brief zur Schließung der Geburtshilfe im Friesoyther St. Marien Hospital

des

CDU-Stadtverbandes Friesoythe und des CDU-Ortsverbandes Friesoythe

an

den niedersächsischen Ministerpräsidenten **Stephan Weil MdL**, den niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie stellvertretenden Ministerpräsidenten **Dr. Bernd Althusmann MdL**, die niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung **Daniela Behrens**, den niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur **Björn Thümler MdL** sowie die Bundestagsabgeordnete **Silvia Breher MdB** und den Landtagsabgeordneten **Karl-Heinz Bley MdL**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Minister und Abgeordnete,

am 20.09.2021 verbreitete sich die Nachricht über die Schließung der Geburtshilfe im Friesoyther St.-Marien-Hospital wie ein Lauffeuer. Die Stadt Friesoythe und die Gemeinden Barßel, Bösel und Saterland trifft diese Nachricht bis ins Mark und wir fragen uns, ob dieser Schritt nicht vermeidbar gewesen wäre.

Begründet wird diese Entscheidung von der Krankenhausleitung in erster Linie mit dem Fachkräftemangel hier vor Ort. Trotz erheblicher Anstrengungen ist es ihr nicht gelungen, ärztliche Mitarbeiter sowie Hebammen zu akquirieren. Inwieweit dieses zutreffend ist, können wir nicht beurteilen. Wir vertrauen aber der Einschätzung der Krankenhausleitung, die das Krankenhaus in den letzten Jahren trotz widriger Umstände in der Erfolgsspur gehalten hat und somit sicherstellt, dass das Mittelzentrum Friesoythe eine angemessene medizinische Grundversorgung aufrechterhalten kann. Unserer Meinung nach gehört eine Geburtshilfe in einer wachsenden Region jedoch zwingend dazu!

Die entscheidenden Versäumnisse, die schlussendlich zu dieser Entscheidung geführt haben, sind aus unserer Sicht bereits vor Jahren gemacht worden und halten immer noch an. Das betrifft im engeren Sinne die politischen Weichenstellungen auf Landesebene, denn hier wird entschieden, wie viele Ärzte im Land Niedersachsen ausgebildet werden. Hier werden die Weichen dafür gestellt, ob Hebammen es sich leisten können, diesen Beruf überhaupt noch auszuüben mit allen finanziellen Risiken, die damit einhergehen.

Umso unverständlicher ist in diesem Zusammenhang auch, dass entgegen der ursprünglichen Planung keine Aufstockung der Studienplätze an der European Medical School Oldenburg-Groningen von 80 auf 120 vorgenommen wird (Mitteilung im Ärzteblatt vom 16. Juli 2021). Ein Vergleich hierzu: Laut Ärzteblatt wird in Baden-Württemberg ein Studienplatz pro 6.500 Einwohner zur Verfügung gestellt, in Niedersachsen einer pro 10.500. Ohne zusätzliche Studienplätze sind alle Förderprogramme zum Scheitern verurteilt! Wie soll eine flächendeckende ärztliche Versorgung, auch in Krankenhäusern, ohne entsprechenden Nachwuchs in der Region realisiert werden? Wir fragen uns, wann die Entwicklung sowie Sicherung des ländlichen Raumes endlich von der Landes- und Bundespolitik wirklich ernst genommen werden? Wir nehmen eine ungute Zentrierung auf den städtischen Raum wahr, der unserem Land nicht guttut!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Minister und Abgeordnete, die jahrelangen Versäumnisse hinsichtlich einer zahlenmäßig ausreichenden Ausbildung im ärztlichen Bereich sowie auch einer Absicherung von Hebammen müssen endlich konsequent angegangen werden, damit die ärztliche und medizinische Versorgung im

ländlichen Raum gesichert wird. Hätte man dieses bereits früher umgesetzt, so müsste die Geburtshilfe im Friesoyther Krankenhaus nicht geschlossen werden. Dabei ist Friesoythe nur ein Beispiel von vielen. Deshalb fordern wir Sie zur Sicherung der medizinischen Versorgung im gesamten Bundesland auf:

- Schaffen Sie kurzfristig zusätzliche Medizin-Studienplätze in Niedersachsen. Dazu sollten alle niedersächsischen Medizinfakultäten spätestens ab dem Wintersemester 2022/2023 dazu verpflichtet werden, den Studienbeginn sowohl zum Winter- als auch zum Sommersemester zu ermöglichen. Gleiches gilt für die Ausbildungs- und Studienplätze in der Hebammenausbildung.
- Zeitgleich ist der Numerus Clausus für das Medizinstudium aus-, zumindest aber herabzusetzen, um deutlich mehr Schulabgängern ein Medizinstudium in Niedersachsen zu ermöglichen. Wir können es uns nicht mehr leisten, hochmotivierte junge Menschen vom Medizinstudium auszuschließen, nur weil ihr Notendurchschnitt nicht gut genug ist.
- Dafür braucht es gut ausgebildetes Lehrpersonal sowie zusätzliche Raumkapazitäten. Zur Finanzierung fordern wir, den dafür notwendigen Betrag im Landeshaushalt zu verankern. Wer an der medizinischen Versorgung spart, spart an der Gesundheit aller!
- Steigern Sie die Attraktivität des Berufsstandes der Hebammen. Eine Möglichkeit dazu wäre die anteilige Übernahme eines Großteils der immensen Versicherungskosten.
- Sorgen Sie dafür, dass die vielen überaus engagierten Hebammen, denen durch die teils kurzfristigen Schließungen der Geburtsstationen ihre berufliche Grundlage – zumindest teilweise – wegbricht, die finanzielle und organisatorische Unterstützung bei ihrer beruflichen Neuorientierung bekommen, die sie benötigen und verdienen.

Um Ihnen die Auswirkungen dieser Entscheidungen zu erläutern, laden wir Sie herzlich zu uns nach Friesoythe ein!

Mit freundlichen Grüßen,

Lukas Reinken, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Friesoythe
Jann Christian Hegewald, Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Friesoythe
Dr. Matthias Lamping, CDU-Ortsverband Friesoythe als Mitverfasser